

## Internationale Konjunktur

Die Weltkonjunktur entwickelt sich weiterhin uneinheitlich. Die Prognosen für 1971 wurden bei den Frühjahrstagungen der OECD (30. März bis 1. April) und der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute (7. und 8. Mai) meist nur wenig verändert. In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Kanada hat ein neuer Konjunkturaufschwung begonnen, der sich in den kommenden Monaten verstärken wird. Japan erwartet nach einer leichten Abschwächung in den letzten zwölf Monaten ab Sommer 1971 eine Beschleunigung des Wachstums. In Westeuropa wird sich die Tendenz abnehmender Zuwachsraten zumindest im laufenden Jahr fortsetzen.

### Währungskrise, starke Preis- und Kostenerhöhungen, leichte Abschwächung der Welthandelsexpansion

Entgegen den Erwartungen vom Herbst wird sich das Wachstum in Großbritannien und Italien im laufenden Jahr nicht beschleunigen. Die Verlangsamung in den meisten kontinentaleuropäischen Ländern, ursprünglich durch den Mangel an freien Kapazitäten ausgelöst, ist nun auch Folge von Nachfrageschwächen. Von der Dämpfung der Nachfrage wurden bisher die privaten Anlageinvestitionen und die Lagerbildung erfaßt. Der private Konsum hingegen wächst noch immer kräftig. Die jüngsten währungspolitischen Maßnahmen werden die Unterschiede in der Konjunktorentwicklung zwischen Nordamerika und den kontinentaleuropäischen Industrieländern noch verstärken. In der Bundesrepublik Deutschland wird sich das Wachstum 1971 kräftiger verlangsamen, als man bisher angenommen hat. Ein neuerlicher Konjunkturaufschwung wird kaum schon 1972 beginnen, da nach den jüngsten Ausgabenkürzungen von der öffentlichen Hand keine Impulse auf das Wirtschaftswachstum ausgehen werden. Die ohnedies bereits schwache Investitionsneigung der Unternehmer wird weiter abnehmen. In den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz werden die Währungsparitätsänderungen die Expansion der Exporte dämpfen. Das Produktionswachstum wird 1971 voraussichtlich nicht beeinflußt werden, da in diesen Ländern noch überwiegend Nachfrageüberschüsse bestehen.

Die Währungskrise hat eine ihrer Ursachen in der Änderung der amerikanischen Geldpolitik im Vorjahr. Seit März 1970 wird sie wieder expansiv eingesetzt, wogegen sie in den übrigen Industrieländern restriktiv blieb, um den Preisauftrieb zu dämpfen. Die Entwicklung spiegelt sich in den Zinssätzen auf dem

Eurodollarmarkt, die gegen Ende 1969 10% bis 11% betragen und in den letzten Monaten bis auf 5½% sanken. Die Richtung der kurzfristigen Kapitalbewegungen kehrte sich um, da das Zinsniveau in nahezu allen anderen Ländern höher war als auf dem Eurodollarmarkt und in den USA. 1969 schloß die kurzfristige Kapitalbilanz der USA noch mit einem Überschuß von 6 Mrd. \$, 1970 mit einem Defizit von 8 Mrd. \$. Die Gelder flossen überwiegend in die Bundesrepublik Deutschland, zum kleineren Teil auch nach Großbritannien und in die übrigen europäischen

### Brutto-Nationalprodukt

	1969	1970	1971
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
USA .....	28	-0,4	3,3
Kanada .....	5,1	3,3	5,0
Japan .....	11,9	10,9	8,5
Bundesrepublik Deutschland .....	8,1	4,9	3,3
Frankreich .....	7,9	5,8	5,5
Großbritannien .....	2,2	1,9	1,4
Italien .....	6,1	5,2	3,8
Große Industrieländer .....	4,8	2,3	4,0
Belgien .....	6,5	5,5	4,5
Dänemark .....	7,4	4,6	2,0
Finnland .....	10,0	6,9	4,9
Irland .....	2,8	1,5	3,5
Niederlande .....	5,1	6,0	4,5
Norwegen .....	4,2	3,5	4,0
Österreich .....	6,2	7,1	4,0
Schweden .....	5,7	4,3	2,8
Schweiz .....	5,9	4,4	4,0
Kleine Industrieländer <sup>1)</sup> .....	6,0	5,1	3,8
Sonstige OECD-Länder <sup>2)</sup> .....	6,9	6,2	6,4
OECD-Länder insgesamt .....	5,0	2,6	4,1
davon Europäische OECD-Länder .....	6,4	4,8	3,9
EWG .....	7,4	5,8	4,3
EFTA .....	3,7	3,4	2,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen, zu konstanten Preisen. — <sup>1)</sup> Einschließlich Finnland, Island und Luxemburg. — <sup>2)</sup> Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei.

Länder. Nur Frankreich blieb wegen seiner Devisenbewirtschaftung von diesen Kapitalbewegungen unberührt.

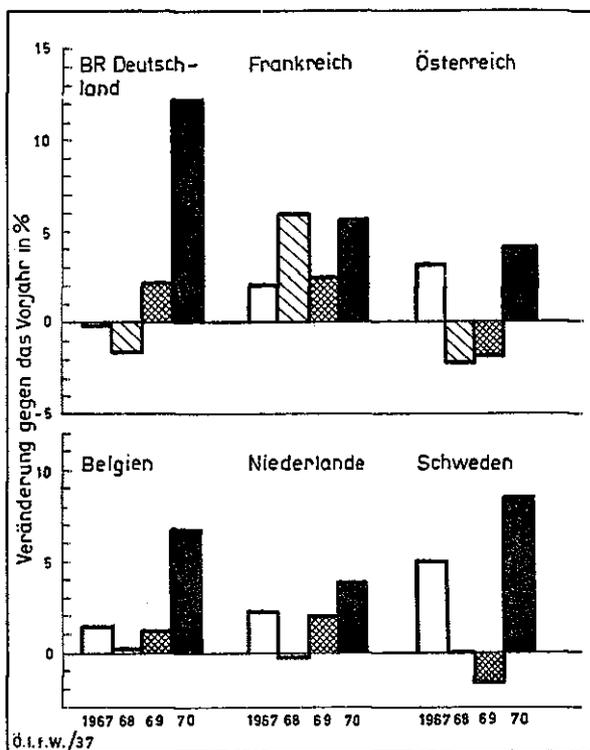
Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute hat in ihrer Mehrheit Anfang Mai die Freigabe des Wechselkurses der DM empfohlen, da nach ihrer Ansicht zur Bekämpfung des Preisauftriebes keine durchgreifenden binnenwirtschaftlichen Maßnahmen möglich wären. Eine gemeinsame Aufwertung aller EWG-Länder wurde nicht befürwortet, da man glaubt, mit der empfohlenen Maßnahme auch aus dem europäischen Inflationsgleichschritt ausscheren zu können<sup>1)</sup>.

Die Tatsache, daß die Preissteigerungsraten in der Bundesrepublik Deutschland heute ähnlich hoch sind wie in anderen Industrieländern, ist jedoch nur zum Teil der Aufblähung des Geldvolumens nach den Dollareinflüssen zuzuschreiben. Überwiegend erklärt sie sich aus der ungleichmäßigen Kostenentwicklung in den letzten Jahren. 1970 sind die *Arbeitskosten* je Produkteinheit in der Industrie um mehr als 12% gestiegen, 1969 nur um 2% und in den Jahren 1967 und 1968 waren sie sogar gesunken. Lohnerhöhungen, die infolge der Zurückhaltung in der Aufschwungphase besonders kräftig ausfallen, bewirken abrupte Kostensteigerungen, die in der Phase der Spätkonjunktur noch in den Preisen weitergegeben werden können. Im Durchschnitt der Jahre 1967 bis 1970 sind die Arbeitskosten in den großen Industrieländern annähernd im gleichen Ausmaß gestiegen (Bundesrepublik Deutschland +41%, USA +51%, Frankreich +47%, Großbritannien +55%, Italien +46%). In den meisten kleineren Ländern war der Anstieg flacher, besonders in Österreich (+01%).

Der *Preisaufrtrieb* wird sich heuer nur wenig verlangsamen. Die OECD prognostiziert im Durchschnitt aller OECD-Länder eine Zuwachsrates des impliziten Preisindex des Brutto-Nationalproduktes von 5,2% (1970 +5,3/4%, Durchschnitt 1958 bis 1968 +2,9%), für die europäischen OECD-Länder werden 6,2% (1970 +6,1/2%, Durchschnitt 1958 bis 1968 3,6%) erwartet. Expansiv wirkt nach wie vor der kräftige Kostenauftrieb; in Kontinentaleuropa ist er eine Erscheinung der Spätkonjunktur, in Großbritannien entsteht er ungeachtet der wirtschaftlichen Stagnation. Dämpfende Einflüsse gehen von der allmählich besseren Übereinstimmung zwischen Angebot und Nachfrage aus. Der Welthandel trug bis zum Sommer 1970 nichts zur Verlangsamung des Preisaufretriebes bei. Das Abflauen der Inlandskonjunktur in wichtigen

<sup>1)</sup> Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, setzte sich in seinem Minderheitsgutachten für ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Länder ein.

Arbeitskosten in der Industrie



Q: ECE, Economic Survey of Europe.

Ländern drückt jedoch seither auf die Rohwarenpreise und verstärkte die Konkurrenzverhältnisse auf den Exportmärkten. Die Außenhandelspreise sind daher in den letzten Monaten schwächer gestiegen. Der Auftrieb der *Verbraucherpreise*, ihre Entwicklung hinkt den Veränderungen der Erzeuger-, Großhandels- und Außenhandelspreise nach, hat sich in den letzten Monaten noch beschleunigt. In Ländern, die im Jahresdurchschnitt 1970 noch verhältnismäßig geringe Steigerungsraten hatten, wie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz, waren die

Verbraucherpreise

	1969		1970			1971		
	Veränderung	Veränderung	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
	gegen das Vorjahr in %		gegen das Vorjahr in %			Vorperiode in % <sup>1)</sup>		
USA	54	59	57	56	48	46	53	28
Kanada	45	34	30	21	17	19	-08	24
Japan	52	77	65	85	67	48	132	36
Belgien	38	39	39	33	35	27	20	60
Bundesrepublik Deutschland	27	38	40	41	42	09	38	85
Dänemark	42	59	78	76	61	118	55	00
Finnland	27	27	28	35	34	34	24	82
Frankreich	64	52	.	.	.	50	42	.
Großbritannien	55	64	68	78	86	46	86	109
Italien	26	50	47	53	.	33	62	.
Niederlande	75	44	59	51	67	61	48	92
Norwegen	33	102	110	125	66	90	83	55
Österreich	31	44	47	48	43	61	36	36
Schweden	27	71	73	81	86	62	63	150
Schweiz	25	36	39	52	62	55	86	74

Q: OECD, Main Economic Indicators. — <sup>1)</sup> Jahresraten.

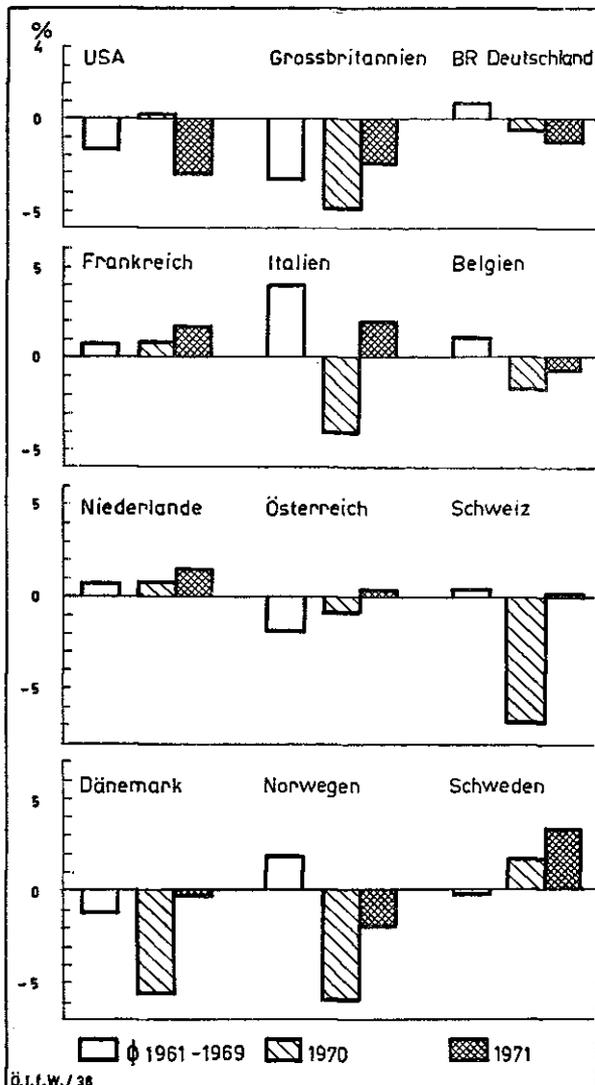
Verbraucherpreise im März 1971 um 4½% bzw. 6½% höher als im gleichen Vorjahresmonat. In Ländern mit hohen Steigerungsraten 1970 hat sich der Auftrieb entweder nicht abgeschwächt oder noch verstärkt (z. B. Großbritannien I. Quartal 1971 +8,6%).

Die Expansion des Welthandels verflacht nach dem raschen Anstieg von 1969 und 1970 (jeweils +14%, nominell) heuer etwas (+10%). Die Verlangsamung zeichnet sich bereits in der 2. Hälfte 1970 ab, sie wird durch die Abschwächung der Konjunktur in Westeuropa und Japan verursacht. In den USA wuchsen die Wareneinfuhren 1970 infolge der Rezession nur mäßig. Der neue Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten wird voraussichtlich erst im kommenden Jahr zu kräftigeren Einfuhrsteigerungen führen, wenn der Aufschwung an Breite gewinnt und die

Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich hoch sein wird. Auch von der im 2. Halbjahr 1971 erwarteten Belebung in Japan werden heuer kaum Impulse auf den Welthandel ausgehen. Die Entwicklungsländer konnten im Vorjahr ihre Exporte entgegen den Schätzungen vom Herbst nochmals kräftig steigern (in den OECD-Raum +12%). Heuer müssen sie jedoch wegen der Konjunkturdämpfung in den Industrieländern mit einer Abschwächung rechnen. Als Folge davon werden sie voraussichtlich auch ihre Importe wieder etwas einschränken.

Marktanteile haben 1970 in stärkerem Umfang Großbritannien (-4,9%), Italien (-4,1%), Dänemark (-5,6%), Norwegen (-6,0%) und die Schweiz (-6,8%) verloren. Überwiegend war das auf die zu geringe Elastizität des Angebotes zurückzuführen. Für Großbritannien spielte auch die Nachfrageschwäche in den USA eine große Rolle. In den übrigen Ländern lag die Veränderung der Marktanteile zwischen +2% und -2%.

Marktanteile, Gewinne (+) und Verluste (-)



**Abschwungphase der Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland**

Nach zwei Jahren sehr kräftigen Aufschwunges ist die westdeutsche Wirtschaft 1970 langsamer gewachsen. Im Jahresdurchschnitt nahm das reale *Brutto-Nationalprodukt* (+4,9%) noch rascher zu als im langfristigen Trend der Jahre 1960 bis 1970 (+4½%), im 2. Halbjahr lag der Zuwachs (+3,9%) bereits darunter. Im 1. Halbjahr 1970 verlangsamte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum vor allem zufolge des knappen Angebotes, im 2. Halbjahr auch auf Grund der Abschwächung der Nachfrage. Die Kapazitätsauslastung nahm wohl ab, blieb aber das ganze Jahr über dem Durchschnitt der längerfristigen Entwicklung. *Industrieproduktion* und *Auftragseingänge bei der Industrie* stagnierten (saisonbereinigt) seit dem Frühjahr 1970. Diese Tendenz wurde um die Jahreswende 1970/71 unterbrochen. Die Industrieproduktion stieg in den Monaten Jänner und Februar, die Auftragseingänge nahmen von November bis Februar wieder zu. Der Auftrieb ging in erster Linie von der Investitionsgüterindustrie aus und dürfte auf die Senkung der Investitionssteuer um 2 Prozentpunkte ab 1. Jänner 1971 und auf die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung ab 1. Februar 1971 zurückzuführen sein.

In den Konjunkturbefragungen beurteilten die Unternehmer die leichte Besserung der Auftragslage als nur vorübergehend. Die positiven Meldungen über die Auftragsbestände sind im Investitionsgüterbereich in den letzten Monaten weiter zurückgegangen, die Meldungen im Konsumgüterbereich stagnieren auf relativ niedrigem Niveau. Man kann daher die

Industrieproduktion

	1969	1970		1971		1970			
		Veränderung gegen das Vorjahr in % <sup>1)</sup>		III. Quartal	IV. Quartal	Jänner	Februar	Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>2)</sup>	
USA .....	4,4	-2,7	-3,6	-5,6	-2,7	-3,6	-3,2	-3,3	-11,8
Kanada .....	5,0	1,5	1,8	0,1	0,6	-0,1	-2,4	-3,2	2,5
Japan .....	16,7	16,0	17,0	10,7	9,7	6,9	21,7	10,9	-2,3
Belgien .....	9,6	7,9	4,0	5,8	.	.	2,3	-2,7	6,9
Bundesrepublik Deutschland .....	13,2	5,8	4,4	1,3	7,0	3,9	0,8	-6,0	2,3
Finnland .....	12,9	8,8	9,0	5,6	5,6	-12,0	3,6	16,9	-5,6
Frankreich .....	12,5	5,9	5,0	5,2	2,5	3,0	-0,4	-1,0	5,7
Großbritannien .....	3,4	1,6	0,9	1,6	.	.	-1,1	1,1	4,3
Italien .....	3,2	6,6	4,6	15,8	-0,2	-1,9	-6,3	-0,6	5,6
Niederlande .....	11,9	9,4	8,8	7,3	.	8,5	8,0	7,0	2,3
Norwegen .....	5,5	4,0	3,9	4,0	6,5	4,8	6,2	5,5	2,2
Österreich .....	11,4	8,7	7,8	7,7	15,2	5,4	8,5	6,6	5,1
Schweden .....	8,4	7,8	6,5	5,5	10,4	4,7	15,1	-10,2	17,7
Schweiz .....	9,1	4,5	2,3	2,8	.	.	15,4	-5,3	6,2
OECD-Länder insgesamt .....	7,3	2,3	1,4	0,0	1,4	.	0,7	-1,0	-4,3
Europäische OECD-Länder .....	9,4	5,4	3,5	4,2	4,5	.	1,1	-1,1	4,0

Q: Berechnet aus OECD, Main Economic Indicators — <sup>1)</sup> Unbereinigte Werte. — <sup>2)</sup> Saisonbereinigte Werte; Jahresraten.

Belebung nach der Jahreswende als Zufallsschwankung interpretieren und mit einer weiteren Verlangsamung des Produktionswachstums im laufenden Jahr rechnen. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute erwartet für 1971 eine Zuwachsrates des realen Brutto-Nationalproduktes von 3 1/2%. Diese Rate dürfte durch die im Mai beschlossenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen noch etwas gedrückt werden<sup>1)</sup>. Die OECD rechnet bereits im 1. Halbjahr 1972 mit einer neuerlichen Beschleunigung des Wachstums, doch schien diese Vorhersage auch vor den jüngsten Ereignissen besonders optimistisch zu sein.

Die *Ausrüstungsinvestitionen* im Inland und die *Auslandsnachfrage* haben bisher zur Abkühlung der deutschen Konjunktur beigetragen. Die Investitionsneigung der privaten Unternehmer war im vergangenen Jahr geringer als am Höhepunkt im Herbst 1969. Immerhin sind die privaten Ausrüstungsinvestitionen 1970 real noch um 15% gewachsen, nach 23% ein Jahr vorher. Im laufenden Jahr erwarten sowohl OECD als auch deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute nur noch ein geringes reales Wachstum (+ 1/2% bis 2%). Nach den Ergebnissen des IFO-Investitionstestes sah die verarbeitende Industrie im August 1970 für 1971 noch eine Steigerung der nominellen Investitionen um 8% vor, im November 1970 nur noch um 5%, das bedeutet real eine Stagnation auf dem Vorjahresniveau. Die Abschwächung der Investitionsneigung ist teils auf die geringere Zunahme der Gewinne seit dem Sommer vergangenen Jahres zurück-

zuführen, teils auf die Milderung der konjunkturellen Spannungen, wodurch Kapazitätserweiterungen weniger dringlich wurden.

Die *Auslandsnachfrage* ist 1970 etwas schwächer gewachsen als 1969. Die Warenexporte (in DM ausgedrückt) nahmen um 10,3% zu, nach 14,1% im Jahr zuvor. Da sich die Investitionstätigkeit auch in den wichtigsten Partnerländern der Bundesrepublik Deutschland abschwächte, war die Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern etwas gedämpft. Die Expansion der Warenausfuhr wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich weiter verlangsamen. Der schwächeren Auslandsnachfrage stehen verstärkte Bemühungen deutscher Exporteure gegenüber, die das geringe Wachstum der Inlandsnachfrage teilweise zu kompensieren trachten. Dieses Bestreben wird nun allerdings durch die Freigabe des Wechselkurses erschwert.

*Privater Konsum* und *öffentliche Nachfrage* stützten bis zuletzt die Konjunktur. Der *private Konsum* wuchs 1970 mit real 7,3% fast ebenso kräftig wie 1969 (+8%). Die Einzelhandelsumsätze der Monate Jänner und Februar 1971 zeigen, daß die Aufschwungtendenz anhält. Zu dieser Entwicklung trugen vor allem die außergewöhnlich kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen bei, die es ermöglichten, die Sparneigung zu steigern und einen 10%igen Konjunkturzuschlag zur Einkommensteuer zu leisten, ohne den Konsumzuwachs zu verlangsamen. Auch in den kommenden Monaten wird der private Konsum noch kräftig wachsen. Die Lohn- und Gehaltssumme wird zwar etwas langsamer zunehmen, doch wird dies zum Teil durch den Wegfall des Konjunkturzuschlages ab 1. Juli 1971 wettgemacht. Im Jahresdurchschnitt wird der private Konsum zu konstanten Preisen noch um gut 5% wachsen. Von den *öffentlichen Ausgaben*

<sup>1)</sup> Eine Ausgabenkürzung der öffentlichen Hand von 5 1/2 Mrd. DM bedeutet auf der Verwendungsseite im Jahresdurchschnitt 1971 eine Verminderung des nominellen Brutto-Nationalproduktes um 0,74%. Multiplikatoreffekte sind dabei nicht berücksichtigt; sie dürften aber 1971 noch sehr gering sein.

sind im abgelaufenen Jahr vor allem die der Länder und Gemeinden kräftig gestiegen. Trotz zurückhaltender Vergabe von Tiefbauaufträgen waren die öffentlichen Bauinvestitionen real um gut 9% höher als 1969 (im Vorjahr hatten sie um 5½% zugenommen). Die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand im laufenden Jahr ist schwierig zu prognostizieren. Nach den Budgetansätzen war eine kräftige Zunahme vorgesehen. Die Ausgabenkürzungen lassen nun aber nur noch ein geringes Wachstum der öffentlichen Investitionen erwarten. Der öffentliche Konsum wird rascher zunehmen, da die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten im Jahresdurchschnitt um 12% steigen werden.

Der *Arbeitsmarkt* hat sich etwas entspannt. Die Zahl der offenen Stellen lag im März 1971 mit saisonbereinigt 687.000 merklich tiefer als vor einem Jahr (821.000). Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer hat weiter kräftig zugenommen. Ende März 1971 waren in der Bundesrepublik Deutschland erstmals mehr als 2 Mill. Ausländer beschäftigt. Der Lohnauftrieb konnte bisher kaum gedämpft werden. Die Tariflohnerhöhungen haben sich im Winterhalbjahr 1970/71 eher noch beschleunigt (Durchschnitt 1970 +12,4%, III. Quartal 1970 +13%, IV. Quartal 1970 +14%, Jänner/Februar 1971 +13%), die Lohndrift dagegen ist etwas schwächer geworden. In den nächsten Monaten wird nur ein langsamer Rückgang der tariflichen Lohnsteigerungsraten erwartet.

Der Anstieg der *Verbraucherpreise* wird sich im laufenden Jahr entgegen den Erwartungen vom Herbst voraussichtlich nicht verlangsamen. Die Unternehmer haben im Konsumgüterbereich noch Möglichkeiten, Kostensteigerungen zu überwälzen. Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwarten gegenwärtig im Jahresdurchschnitt 1971 eine Zunahme um 4½% nach 3,8% 1970. Industrielle Erzeugerpreise und Großhandelspreise werden dagegen etwas schwächer steigen. Das gleiche gilt für die Baupreise (+8%), die im Vorjahr ungewöhnlich kräftig erhöht wurden (+16%). Für den impliziten Preisindex des Brutto-Nationalproduktes ergibt sich ein Anstieg von 6½% nach 7½% im Jahr 1970.

### Konjunkturaufschwung in den USA

Nach vorläufigen Schätzungen war das *Brutto-Nationalprodukt* im I. Quartal nominell um 2,8% und real um 1,6% höher als im IV. Quartal 1970. Der Zuwachs ist der kräftigste seit dem II. Quartal 1968. Zu zwei Dritteln ist er der Automobilindustrie zuzuschreiben, deren Produktion im Herbst 1970 durch den Streik bei General Motors beeinträchtigt war. Wenn man diese Sparte ausklammert, zeigt sich eine zögernde

Fortsetzung des im Frühsommer 1970 begonnenen neuen Konjunkturaufschwunges. Er stützt sich gegenwärtig vor allem auf die Produktion von dauerhaften Konsumgütern und auf das Baugewerbe. In den kommenden Monaten wird er zunehmend an Breite gewinnen. Im Jahresdurchschnitt 1971 erwartet die OECD eine Zuwachsrate des realen Brutto-Nationalproduktes von knapp mehr als 3%, in der ersten Jahreshälfte 1972 eine Rate von 5½%.

Die Belebung der amerikanischen Konjunktur wird sich auf den Arbeitsmarkt zunächst nur mäßig auswirken. Die Arbeitslosenrate, die in den letzten Monaten bei 6% lag, wird bis zum Jahresende auf etwa 5½% sinken. Ziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik ist es, sie bis Jahresmitte 1972 auf 4½% zu drücken. Da sich aber Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt im Konjunkturaufschwung üblicherweise stark verzögern, wird die Rate in diesem Zeitpunkt vermutlich noch etwa 5% erreichen. Der *Preisaufrtrieb* schwächte sich in letzter Zeit den Erwartungen entsprechend ab. Die Veränderungsrate der Verbraucherpreise im Vergleich zur Vorjahresperiode lag im Februar erstmals seit zwei Jahren wieder unter 5%. Der Preisanstieg wird sich voraussichtlich in den nächsten Monaten weiter verlangsamen, jedoch kaum auf das Niveau der ersten Hälfte der sechziger Jahre sinken, als er 2% nie übertraf. Der *Lohn- und Gehaltsauftrieb* war im vergangenen Jahr trotz hoher Arbeitslosenraten kräftig. Besonders im Bausektor stiegen die Löhne in den letzten Jahren außergewöhnlich stark. Für diesen Wirtschaftsbereich hat die Administration 6% als Richtlinie für Lohnerhöhungen im laufenden Jahr angegeben. In den kommenden Monaten werden die Tarifverträge in der Stahl-

### Arbeitsmarkt

	1969	1970	1970 <sup>1)</sup>		1971 <sup>1)</sup>
			III. Qu.	IV. Qu.	
	1.000 Personen				
	Arbeitslose				
USA	2 831	4 088	4 298	4 893	4 960
Bundesrep. Deutschland	179	148	149	149	154
Dänemark	31	24	26	22	19
Finnland	53	38	36	33	42
Frankreich	223	262	269	306	320
Großbritannien	597	640	660	639	720
Italien <sup>2)</sup>	663	616	623	615	.
Niederlande	53	47	45	45	48
Österreich	68	60	62	55	46
Schweden	30	30	31	31	37
	Offene Stellen				
USA	207	158	152	134	130
Bundesrep. Deutschland	747	792	773	749	713
Frankreich	78	95	96	95	109
Großbritannien	249	260	254	249	203
Niederlande	106	127	130	133	126
Österreich	34	45	46	52	54
Schweden	57	62	59	54	42

Q: Main Economic Indicators — <sup>1)</sup> Saisonbereinigt. — <sup>2)</sup> Jeweils der erste Monat des Quartals

industrie erneuert. Vom Ergebnis der Verhandlungen wird auch der Anstieg der Löhne in anderen Wirtschaftsbereichen beeinflusst werden.

Den wichtigsten Impuls wird der Konjunkturaufschwung im laufenden Jahr vom rascheren Wachstum des *privaten Konsums* erhalten. Im März wurde rückwirkend ab Jahresbeginn eine 10%ige Erhöhung der Sozialversicherungsleistungen beschlossen. Davon sind 26 Millionen Amerikaner unmittelbar betroffen. Die Sparquote, die im vergangenen Jahr auf 7,3% gestiegen war (1969: 6%), wird voraussichtlich wieder etwas sinken. Die verschiedenen Konsumentenbefragungen der letzten Zeit zeigen kein einheitliches Bild, überwiegend sind aber kräftig steigende Käufe geplant. Das *Bundesbudget* für das Fiskaljahr 1971/72 wirkt expansiv. Öffentlicher Konsum, Transferzahlungen an Private und Übertragungen an die Gliedstaaten und Gemeinden werden kräftig zunehmen. Im nun auslaufenden Fiskaljahr 1970/71 wird das Defizit voraussichtlich 15 Mrd. \$ betragen, es wurde in erster Linie durch den Einnahmehausfall als Folge der Rezession verursacht. Moderne, aber noch nicht völlig ausgereifte Methoden zur Bestimmung des konjunkturellen Einflusses eines Budgets, wie die „High Employment“-Analyse<sup>1)</sup>, ergeben für die Kalenderjahre 1970 und 1971 nur einen konjunkturneutralen Effekt des Bundesbudgets. Die konjunkturstützende Kraft der öffentlichen Ausgaben sollte daher nicht überschätzt werden. Die *private Investitionstätigkeit* wird sich im laufenden Jahr in ihren Teilbereichen unterschiedlich entwickeln. Die Ausrüstungsinvestitionen werden zu konstanten Preisen auch heuer leicht rückläufig sein. Dagegen werden die Wohnbauinvestitionen (real +20½%; 1970 —11½%) den Konjunkturaufschwung kräftig anregen. Der Baubeginn neuer Wohnbauten hat sich zufolge der Senkung des Zinsniveaus in letzter Zeit beschleunigt. Die *Lagerbildung* wird vor allem im 1. Halbjahr kräftig zunehmen. Der Zwischen- und Einzelhandel füllt seine Autolager auf, außerdem werden wegen eines möglichen Streikes die Vorräte an Produkten der Eisen- und Stahlindustrie stark aufgebaut.

Die *Warenexporte* werden heuer zufolge der Konjunkturabschwächung in Westeuropa und in Japan langsamer wachsen (+8%) als im Vorjahr (+14%). Nimmt man eine nominell zumindest gleichbleibende (real steigende) Wachstumsrate der Warenimporte

<sup>1)</sup> Beim Konzept des „High-Employment-Surplus“ (auch „Full-Employment-Surplus“ genannt) handelt es sich um eine Schätzgröße für den Budgetüberschuß (das Budgetdefizit), der bei Vollbeschäftigung (in den USA gegenwärtig definiert als eine Arbeitslosenrate von 4%) auftreten würde. Die Veränderung des High-Employment-Surplus wird als Maßzahl für die konjunkturelle Wirkung eines Budgets verwendet.

(+11%) an, so wird sich der Handelsbilanzüberschuß 1970 von 2.185 Mill. \$ etwa halbieren. Das Defizit der Kapitalbilanz im laufenden Jahr dürfte auf Grund der Währungsparitätsänderungen in wichtigen europäischen Ländern etwas geringer sein als 1970.

### Kräftiger Preisauftrieb und hohe Arbeitslosigkeit in Großbritannien

Die Prognose für das Jahr 1971 ist im Frühjahr sowohl von der OECD als auch in Großbritannien selbst revidiert worden. Das reale *Brutto-Nationalprodukt* wird demnach nur um 1½% wachsen. Im Herbst 1970 war noch ein rascheres Wachstum erwartet worden. Die Belebung vom Sommerhalbjahr 1970 setzte sich aber in den folgenden Monaten nicht mehr fort. Nach den ersten vorliegenden Vorausschätzungen ist für 1972 eine leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zu erwarten, weil vom Budget 1971/72 überwiegend erst im 1. Halbjahr 1972 expansive Wirkungen ausgehen werden.

Die *Arbeitslosigkeit* hat in den letzten Monaten kräftig zugenommen. Die Arbeitslosenrate, die 1970 im Durchschnitt 2,6% betrug und nie über 2,7% stieg, erhöhte sich von 3,0% im Jänner 1971 auf 3,4% im April 1971. Auf Grund der mäßigen Wachstumserwartungen werden die Raten im Laufe des Jahres wahrscheinlich auf mehr als 4% steigen. Ähnliche hohe Arbeitslosenzahlen gab es in Großbritannien seit dem Ende des 2. Weltkrieges nicht mehr. Die Einkommensverteilung dürfte durch das geringe Wachstum erschwert werden. *Lohn- und Preisauftrieb* sind außerordentlich kräftig. Die Löhne und Gehälter sind 1970 im Durchschnitt um 12,5% gestiegen und für 1971 wird ein Anstieg von 14% prognostiziert. Impliziter Preisindex des Brutto-Nationalproduktes und Verbraucherpreise waren im vergangenen Jahr jeweils um 6½% höher als im Jahr zuvor. Die Steigerung der Verbraucherpreise hat sich seit dem Sommer 1970 noch kräftig beschleunigt. Im III. Quartal betrug sie im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode fast 7%, im IV. Quartal fast 8% und im Jänner und Februar 1971 8½%.

Der *private Konsum* wuchs 1970 (real +3%) rascher als die übrigen Komponenten der *Inlandsnachfrage*. Die disponiblen Realeinkommen sind noch verhältnismäßig kräftig gestiegen, da sich der Preisauftrieb später als der Lohnanstieg beschleunigte. Dieser Effekt fällt im laufenden Jahr weg, doch wirken andere Faktoren dahin, daß die reale Zuwachsrate des privaten Konsums gleich hoch bleibt oder sich zumindest nur leicht abschwächt. Das Budget für das Fiskaljahr 1971/72 sieht eine Senkung der Einkommensteuer für die unteren Einkommenskategorien vor. Daneben werden ab September die Altersrenten so

Einfuhr<sup>1)</sup>

	1969	1970	1970		1971		1970		1971 I. Qu.
			III. Qu.	IV. Qu.	Jänner	Februar	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in % <sup>2)</sup>		Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>3)</sup>		Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>3)</sup>		Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>3)</sup>		
USA	8,9	10,9	6,8	10,3	9,5	8,5	2,9	15,2	18,2
Kanada	14,8	1,3	5,5	-5,6	2,3	1,9	12,8	-30,6	60,8
Japan	15,7	25,7	24,4	20,7	12,4	10,8	54,3	-6,4	-2,7
Belgien	20,2	13,7	12,4	14,1	.	.	11,5	11,9	.
Bundesrepublik Deutschland	23,7	19,6	18,4	14,0	1,5	21,2	-4,3	22,8	24,9
Dänemark	18,3	15,4	9,1	16,5	-6,2	0,0	-22,4	37,2	.
Finnland	27,1	30,4	33,1	33,3	13,1	-1,7	42,3	65,6	-68,0
Frankreich	24,4	9,9	12,5	14,2	3,4	7,9	24,3	0,0	-5,8
Großbritannien	5,3	8,9	6,2	13,6	3,3	8,3	-14,2	40,2	-3,5
Italien	21,4	20,0	21,2	17,2	-0,7	19,9	18,9	-7,0	7,8
Niederlande	18,3	21,9	20,8	21,1	11,9	20,9	7,2	32,0	.
Norwegen	8,7	25,7	19,6	30,0	16,5	.	3,6	.	.
Österreich	13,2	25,6	25,4	26,2	13,2	18,2	19,2	13,0	.
Schweden	15,2	18,8	13,4	16,9	2,4	-4,4	-15,8	8,9	-14,2
Schweiz	17,1	22,6	18,8	15,4	5,2	9,1	-8,6	26,4	3,6
OECD-Länder insgesamt	15,6	15,2	13,9	13,6	5,9	10,3	6,5	12,8	.
Europäische OECD-Länder	17,7	16,6	15,5	15,7	4,4	11,1	2,0	19,8	.

Q: Berechnet aus OECD Main Economic Indicators — 1) Basis Dollarwerte — 2) Unbereinigte Werte. — 3) Saisonbereinigte Werte; Jahresraten

stark erhöht, daß die Transferzahlungen im letzten Jahresdrittel um 280 Mill. £ steigen und die Erhöhung fast 1% der gesamten Konsumausgaben erreichen wird. Die Sparquote stieg im vergangenen Jahr um 1/2 Prozentpunkt auf 8,3%; sie wird 1971 eher leicht zurückgehen. Die *Investitionstätigkeit* stagnierte 1970 und wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich wieder etwas beleben. Der private Wohnungsbau, der 1969 um 15% und 1970 um 6% geringer war als im Jahr vorher, wird heuer voraussichtlich um 10 1/2% zunehmen. Wie in den USA wird die Umkehr auch in Großbritannien durch die niedrigeren Zinssätze ausgelöst. Auch die öffentliche Hand will heuer nach zwei Jahren rückläufiger Veränderungsrate mehr investieren als im Vorjahr. Die privaten Investitionen in Ausrüstungen sollen durch steuerliche Maßnahmen, wie die Halbierung der *Selective Employment Tax* ab Juli, angeregt werden.

Die *Warenexporte* werden 1971 langsamer steigen (+7%) als 1970 (+10 1/2%). Die Abschwächung im Wachstum der britischen Exporte nach Westeuropa wird aber im Laufe des Jahres zum Teil durch eine kräftigere Zunahme der Importnachfrage in den USA wettgemacht werden. Die Warenimporte werden 1971 (+7%) infolge der Verlangsamung des Auftriebes der Welthandelspreise etwas mäßiger wachsen als 1970 (+9%). Die britische Leistungsbilanz schloß 1970 das zweite aufeinanderfolgende Jahr mit einem hohen Überschuß (1970: 631 Mill. £, 1969: 437 Mill. £) ab. Die Erwartungen sind auch für 1971 günstig. Die Handelsbilanz wird zwar nach einem Überschuß von 7 Mill. £ wieder in ein Defizit umschlagen, es wird aber voraussichtlich durch die Tendenz steigender Überschüsse in der Dienstleistungsbilanz ausgeglichen werden.

## Stabiles Wachstum in Frankreich

Schätzungen und Prognosen für das Wachstum des realen *Brutto-Nationalproduktes* in den Jahren 1970 und 1971 sowie im 1. Halbjahr 1972 bewegen sich um 6%. Die unterschiedliche Entwicklung von Inlands- und Auslandsnachfrage hat wachstumstabilisierende Wirkung. Im 1. Halbjahr 1970 schwächte sich die Inlandsnachfrage stark ab, erholte sich aber seit dem Sommer wieder und wird im laufenden Jahr beschleunigt wachsen. Die Auslandsnachfrage stützte zunächst die Konjunktur, verliert aber nun an Gewicht, da sich ihr Wachstum verlangsamt.

Der *private Konsum* belebte sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. 1971 wird er real annähernd mit der langfristigen Trendwachstumsrate von 5,7% wachsen. Die Nominaleinkommen werden etwa gleich hohe Zuwachsraten erreichen wie 1970, Tariflöhne 10% und Transfereinkommen 12 1/2%. Die erwartete Beschleunigung des realen privaten Konsums wird einer Dämpfung des Preisauftriebes und einer Abschwächung der Sparneigung zugeschrieben. Die Sparquote war 1970 um fast einen Prozentpunkt auf 10,9% der verfügbaren Einkommen gestiegen, nachdem 1969 trotz der kräftigen Einkommenszuwächse verhältnismäßig weniger gespart worden war als 1968. Im laufenden Jahr wird ein leichtes Sinken der Sparquote prognostiziert, da die Unternehmereinkommen langsamer wachsen werden als im Vorjahr. Die *Investitionstätigkeit* wird 1971 insgesamt etwas schwächer zunehmen (real +6 1/2% nach +7 1/2%). Das ist auf die privaten Investitionen zurückzuführen, die nach dem Boom von 1969 bereits im vergangenen Jahr mäßiger wuchsen. Die öffentliche Hand dagegen will ihre Investitionen kräftiger erhöhen. Sie beabsichtigt, große Teile des Konjunk-

**Ausfuhr<sup>1)</sup>**

	1969	1970	1970		1971		1970		1971
	Veränderung gegen das Vorjahr in % <sup>2)</sup>		III. Qu.	IV. Qu.	Jänner	Februar	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.
			Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>3)</sup>				Veränderung gegen die Vorperiode in % <sup>3)</sup>		Veränderung
USA . . . . .	10,4	13,8	8,6	6,9	7,1	3,7	-5,3	-2,1	18,8
Kanada . . . . .	9,6	17,3	19,8	14,5	3,1	6,3	5,9	7,1	14,8
Japan . . . . .	23,2	21,1	19,1	20,8	15,1	21,1	15,0	10,6	44,8
Belgien . . . . .	23,4	15,2	10,3	11,4	11,2	.	-10,2	32,4	.
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	16,9	17,7	18,2	12,1	9,3	14,0	9,4	9,5	9,2
Dänemark . . . . .	14,5	11,2	15,1	11,1	3,8	6,9	5,7	11,9	.
Finnland . . . . .	21,3	16,2	13,9	9,8	14,4	9,9	14,5	12,6	-23,0
Frankreich . . . . .	18,2	19,4	22,2	19,5	12,3	13,9	1,2	18,1	15,2
Großbritannien . . . . .	14,1	10,5	0,4	13,4	0,8	-3,8	-14,5	73,9	-28,3
Italien . . . . .	15,2	12,4	13,1	21,9	3,6	27,5	14,9	-6,1	15,6
Niederlande . . . . .	19,5	18,1	17,7	15,7	15,2	16,1	25,0	3,8	.
Norwegen . . . . .	13,7	11,4	14,7	14,7	3,5	-6,8	2,5	-3,7	.
Österreich . . . . .	21,3	18,4	15,7	12,6	5,8	7,9	2,7	8,9	.
Schweden . . . . .	15,2	19,2	20,9	21,1	32,6	2,5	18,5	11,6	17,5
Schweiz . . . . .	15,4	10,7	8,7	6,3	11,0	6,1	-8,6	7,7	9,2
OECD-Länder insgesamt . . . . .	15,5	15,8	13,8	13,7	8,5	9,5	2,5	11,7	.
Europäische OECD-Länder . . . . .	17,1	15,6	14,0	14,8	9,0	10,1	3,0	17,1	.

Q: Berechnet aus OECD, Main Economic Indicators. — <sup>1)</sup> Die Veränderungsdaten werden von den Dollarwerten berechnet. In der Periode nach einer Aufwertung (Abwertung) sind die Exportzuwachsdaten daher auf Grund der Paritätsänderung entsprechend höher (niedriger). — <sup>2)</sup> Unbereinigte Werte. — <sup>3)</sup> Saisonbereinigte Werte; Jahresraten.

turausgleichsfonds freizugeben. Weitere Impulse werden von den öffentlichen Ausgaben nicht ausgehen, der Staatshaushalt 1971 wird ebenso wie 1970 ausgeglichen sein.

Der *Preisaufrtrieb* hat sich 1970 etwas abgeschwächt. Der implizite Preisindex des Brutto-Nationalproduktes stieg noch um 5 1/2%, nach 7% im Jahr 1969. Das wirtschaftspolitische Ziel einer Inflationsrate von nur 3% wurde damit auch nicht annähernd erreicht, doch ist zu berücksichtigen, daß Franc-Abwertung und DM-Aufwertung eine kräftige Steigerung der Importpreise nach sich zogen. Wenn sich dennoch das Inlandspreisniveau etwas langsamer erhöhte, ist es der Verbilligung von Rohstoffen auf den Weltmärkten und der Milderung konjunktureller Spannungen, wie sie vor allem 1969 bestanden, zu danken. Die Abschwächung des Preisaufrtriebes kam auch den Konsumenten zugute. Der Anstieg der Verbraucherpreise verringerte sich von 6,4% (1969) auf 5,2% (1970). Heuer wird sich die Tendenz sinkender Zuwachsraten fortsetzen. Eine kräftige Verlangsamung könnte jedoch die Belebung des privaten Konsums verhindern.

Die Außenwirtschaftsprobleme, denen Frankreich 1968 und auch noch 1969 gegenüberstand, konnten im Vorjahr überwiegend gelöst werden. Die *Zahlungsbilanz* schloß mit einem Überschuß von 1.370 Mill. \$, nach Defiziten von 1.658 Mill. \$ 1969 und 3.209 Mill. \$ 1968. Dieses günstige Ergebnis ist vor allem eine Folge der Entwicklung des Warenverkehrs. Die Warenexporte erhöhten sich 1970 um fast 20%, wobei Frankreich auch leichte Marktanteils-gewinne erzielen konnte. Die Warenimporte stiegen

nur um 10%. 1971 prognostiziert die OECD sowohl für Warenausfuhr als auch für Wareneinfuhr eine Zuwachsrate von 11%. Das würde bedeuten, daß der Handelsbilanzüberschuß etwa gleich groß wäre wie 1970.

**Abschwächung des Wachstums in Italien**

Italien ist neben Großbritannien das zweite Land, in dem die Herbstprognose 1970 im Frühjahr 1971 kräftig revidiert wurde. Ursprünglich erwartete man, daß das reale *Brutto-Nationalprodukt* 1971 rascher wachsen werde (+7% nach 6,4% 1970). Die Schätzung für 1970 wurde nun aber auf 5,2% herabgesetzt und für das laufende Jahr werden nur noch 3 3/4% prognostiziert. Die Dämpfung der Wachstumserwartungen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Industrieproduktion 1970 nur mäßig wuchs und in den Monaten Jänner und Februar 1971 unter dem Niveau der gleichen Vorjahrsmonate blieb. Die Industriexpansion wird durch die anhaltenden Sozialkonflikte behindert. Verlangsamungstendenzen in der Inlandsnachfrage, sowohl im privaten Konsum als auch in der Investitionstätigkeit, sind aber nicht unbedingt der sozialen Unruhe zuzurechnen, sie können auch konjunkturell bedingt sein. Da sich die beiden Erklärungsgründe überlagern, bleibt auch die revidierte Jahresprognose 1971 mit einem größeren Unsicherheitsfaktor behaftet als in anderen Ländern. Die OECD-Prognose für das 1. Halbjahr 1972 (reales Brutto-Nationalprodukt +7%) sagt nur etwas über die voraussichtliche Konjunkturentwicklung voraus und unterstellt die Annahme einer Beruhigung im sozialen Bereich.

Rückläufig war im vergangenen Jahr der *Wohnungs-  
bau* (—6'0% nach +15'0% 1969). Heuer ist zunächst  
mit einer weiteren Dämpfung zu rechnen. Voraus-  
sichtlich wird die Reform der öffentlichen Wohnbau-  
förderung und die Verbesserung der Kreditbedingun-  
gen die Bautätigkeit erst 1972 beleben. Die *Aus-  
rüstungsinvestitionen* sind 1970 (+13%) rascher ge-  
wachsen als ein Jahr zuvor (+5'8%). Die Unterneh-  
mer reagierten auf die kräftige Steigerung der Ar-  
beitskosten mit der Ausweitung der Rationalisie-  
rungsinvestitionen. Wegen der Ungewißheit über die  
künftige Wirtschaftsentwicklung dürfte sich aber die  
Investitionsneigung im laufenden Jahr stark verrin-  
gern. Das Wachstum des *privaten Konsums* be-  
schleunigte sich 1970 vor allem im 1. Halbjahr kräf-  
tig, als die Lohn- und Gehaltseinkommen infolge  
der Vereinbarungen vom Herbst 1969 rasch stiegen.  
Der Einkommenszuwachs wird im laufenden Jahr  
wieder auf einen mittelfristigen Trendwert sinken.  
Selbst wenn man einen leichten Rückgang der Spar-  
quote von ihrem sehr hohen Wert 1970 (16'9%) auf  
16% annimmt, wird auch der reale private Konsum  
schwächer wachsen (1971 +4½%, 1970 +8%). Ko-  
stenerhöhungen und verstärkter Nachfragedruck ha-  
ben sich 1970 auch im *Preisniveau* niedergeschla-  
gen. Der implizite Preisindex des Brutto-National-  
produktes war um 6½% höher als 1969. Die Ver-  
braucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 5%  
nach 2'6% und 1'4% in den zwei Jahren vorher. Der  
Preisauftrieb hat sich in den ersten Monaten des lau-  
fenden Jahres nicht weiter beschleunigt, in den kom-  
menden Monaten wird er wahrscheinlich etwas ab-  
flauen.

Im *Außenhandel* hat Italien 1970 Marktanteile ver-  
loren. Die Warenexporte stiegen nur um 12'4%, bei  
konstantem Anteil an den OECD-Exporten hätten sie  
um 16'4% zunehmen müssen. Die Warenimporte sind  
dagegen weiterhin rasch gewachsen (+20%). Die  
Handelsbilanz schloß daher nach hohen Überschüs-

sen in den Vorjahren mit einem Defizit ab. In der  
Zahlungsbilanz gelang dennoch eine Drehung des  
Saldos. Sie wies einen Überschuß von 216 Mrd. Lire  
auf, nach einem Defizit von 870 Mrd. Lire im Jahr  
1969. Das war die Folge der drastischen Einschrän-  
kung der Kapitalflucht und der Aufnahme von Aus-  
landsanleihen.

### Die Konjunktur in den kleineren Industriestaaten

In *Belgien* haben sich die konjunkturellen Spannun-  
gen bereits 1970 etwas gemildert. Die Kapazitäten  
waren noch überdurchschnittlich ausgelastet, der  
Nachfragedruck aus dem Ausland ließ nach (Waren-  
exporte +15% nach +23½% 1969). Kennzeichnend  
für die Entspannung war die schwächere Zunahme  
der Warenimporte (+13½% nach +20% 1969). Die  
Handelsbilanz schloß daher mit einem Überschuß  
von 13 Mill. \$ (1969: 7 Mill. \$). Die Verbraucherpreise  
stiegen im Jahresdurchschnitt 1970 um 3'9%, das ist  
im internationalen Vergleich gering. Preisstopppäh-  
liche Maßnahmen (ab Sommer 1970 Höchstpreisvor-  
schriften, ab Herbst 1970 verschärfte Preiskontroll-  
maßnahmen) sollten einen reibungslosen Übergang  
zur Mehrwertsteuer (1. Jänner 1971) ermöglichen.  
Man erwartet, daß die Änderung des Steuersystems  
1971 die Verbraucherpreise nur um etwa zwei Pro-  
zentpunkte erhöht. Im I. Quartal 1971 blieb die Stei-  
gerung unerwartet niedrig (knapp 4%). Die Verlang-  
samung des Wirtschaftswachstums wird sich im  
Laufe des Jahres weiter fortsetzen. Neben der Aus-  
landsnachfrage wird auch der private Konsum, der  
im IV. Quartal durch Antizipationskäufe besonders  
stark ausgeweitet wurde, langsamer wachsen.

In den *Niederlanden* hatte sich 1970 die Anspannung  
eher wieder verstärkt. Die Produktion erwies sich  
dank einer kräftigen Steigerung der Arbeitsprodukt-  
tivität als unerwartet elastisch, aber auch die Waren-  
importe wuchsen rascher. Das Handelsbilanzdefizit  
erhöhte sich von 86 Mill. \$ (1969) auf 136 Mill. \$.  
Hauptursache für die Beschleunigung des Wachs-  
tums waren eine kräftige Zunahme der Investitions-  
tätigkeit (real +7½% nach +½% 1969) und die  
weiterhin hohen Warenexporte (+18% nach +19½%  
1969). Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb mit  
4'4% hoch, wenn man berücksichtigt, daß die Ein-  
führung der Mehrwertsteuer im Jahr 1969 eine Er-  
höhung um 7½% nach sich gezogen hatte und im  
Vorjahr ein Preisstopp galt. 1971 wird sich der Preis-  
auftrieb nach Ansicht des zentralen Planbüros vor  
allem auf Grund von kräftigen Lohnsteigerungen be-  
schleunigen. Die Gesamtnachfrage wird sich ab-  
schwächen, Auslandsnachfrage und privater Konsum  
werden langsamer, Brutto-Anlageinvestitionen gleich  
rasch wachsen wie 1970.

### Privater Konsum

	1969	1970	1971
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
USA . . . . .	34	20	42
Kanada . . . . .	56	20	52
Japan . . . . .	95	79	105
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	80	73	51
Frankreich . . . . .	72	42	58
Großbritannien . . . . .	04	29	33
Italien . . . . .	62	80	43
Belgien . . . . .	56	53	35
Niederlande . . . . .	40	75	50
Norwegen . . . . .	78	25	60
Österreich . . . . .	33	58	55
Schweden . . . . .	45	28	24
Schweiz . . . . .	49	51	51

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen, zu konstanten Preisen.

In der Schweiz waren im vergangenen Jahr typische Merkmale einer Spätkonjunktur zu erkennen. Die Kapazitäten waren voll ausgelastet, die Zuwachsraten der Produktion wurden kleiner, und der Preisauftrieb verstärkte sich. Die Warenexporte nahmen verhältnismäßig schwach zu (+10½%). Schweizer Unternehmen dürften vielfach auf Exportaufträge verzichtet haben, um die unvermindert kräftig expandierende Inlandsnachfrage befriedigen zu können. Die Warenimporte stiegen um 22½% nach 17% 1969, und das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich von 53 Mill. \$ auf 111 Mill. \$. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt (+3·6%) noch mäßig, doch hat sich die Verteuerung seit dem Herbst kräftig beschleunigt (IV. Quartal +5·2%). Diese Tendenz setzte sich Anfang 1971 (Jänner +5·8%, Februar +6·2%, März +6·7%) fort. Die Konjunkturerwartungen deuten heuer kaum auf eine Entspannung hin. Die Inlandsnachfrage wird gleich stark wachsen wie 1970. Das gleiche gilt trotz Aufwertung des Franken für die Auslandsnachfrage, die 1970 nicht voll befriedigt werden konnte.

**Brutto-Anlageinvestitionen**

	1969	1970	1971
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
USA <sup>1)</sup> .....	5·4	-4·1	2·4
Kanada .....	4·5	1·1	4·8
Japan .....	17·3	14·5	10·0
Bundesrepublik Deutschland .....	12·1	10·7	2·0
Frankreich .....	10·1	7·3	6·7
Großbritannien .....	0·5	-0·4	1·8
Italien .....	8·0	3·1	1·6
Belgien .....	7·1	9·8	6·8
Niederlande .....	0·5	7·5	6·5
Norwegen .....	-3·8	15·2	7·0
Österreich .....	4·3	10·5	6·5
Schweden .....	4·9	1·1	3·1
Schweiz .....	7·8	8·8	6·4

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen, zu konstanten Preisen. — <sup>1)</sup> Ohne öffentliche Investitionen.

Schweden dürfte den Konjunkturröhepunkt früher erreicht haben als die Schweiz. Die Investitionsneigung (Brutto-Anlageinvestitionen real +1% nach +5% 1969) sank 1970, vor allem bei privaten Ausrüstungsinvestitionen und im Wohnungsbau kräftig. Auch der private Konsum wuchs langsamer (real +3% nach 4½% 1969). Im Gegensatz zu anderen Industrieländern wurden Kapazitäten zur Befriedigung der Auslandsnachfrage frei; die Warenexporte stiegen um 19% nach 15% im Jahr 1969. Das Handelsbilanzdefizit blieb nahezu gleich (-19 Mill. \$ nach -18 Mill. \$ 1969), da sich die Warenimporte etwa im gleichen Maß beschleunigten. Weit über dem Durchschnitt der Industrieländer erhöhten sich die Verbraucherpreise (+7·1% im Jahresdurchschnitt 1970).

Diese Entwicklung setzte sich auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort (Jänner +9·7%, Februar +8·4%), nicht zuletzt infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang des Jahres. Die Regierung hat im Oktober 1970 einen Preisstopp erlassen, der Ende März bis Oktober 1971 verlängert wurde. Für heuer wird nur ein geringes Wachstum erwartet (reales Brutto-Nationalprodukt +2¾%). Die Auslandsnachfrage wird sich abschwächen, ebenso die Nachfrage der privaten Konsumenten weiter verlangsamen. Die Investitionstätigkeit wird sich voraussichtlich wieder etwas beschleunigen, da die Abschreibung erleichtert und das Zinsniveau gesenkt wurde.

In den übrigen nordischen Ländern war die Konjunkturentwicklung nicht ganz einheitlich. Das Wachstum schwächte sich wohl 1970 überall ab, doch erreichte Finnland noch eine Zuwachsrate des realen Brutto-Nationalproduktes von 7%. Auch der Preisauftrieb ist in Finnland viel geringer. Die Verbraucherpreise stiegen nur um 2·7%, obwohl kein Preisstopp verhängt wurde. Das günstige Ergebnis dürfte auf die seit drei Jahren gute Zusammenarbeit der Sozialpartner zurückzuführen sein. In Dänemark kennzeichneten Überhitzungserscheinungen die Wirtschaft im vergangenen Jahr. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion (real +4½%) war kapazitätsbedingt geringer als 1969 (real +7½%). Preise und Löhne stiegen kräftig. Ähnlich wie in Schweden wurde auch in Dänemark im Oktober 1970 ein allgemeiner Preisstopp verfügt. Heuer wird eine Milderung der Spannungen erwartet. Der private Konsum wird beträchtlich langsamer wachsen, da im März nur mäßige Tarifloohnerhöhungen vereinbart wurden. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden eingeschränkt. Mit der Abschwächung der Inlandsnachfrage wird sich auch das Handelsbilanzdefizit (1970: 91 Mill. \$, 1969: 70 Mill. \$) verringern. Außenwirtschaft und Preisauftrieb sind auch die Hauptprobleme in Norwegen. 1970 war die Investitionstätigkeit kräftig ausgeweitet worden, besonders durch Importe von Schiffen. Das Handelsbilanzdefizit stieg auf 104 Mill. \$ nach 62 Mill. \$ im Jahr 1969. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 1970 um 10·2%. Gut die Hälfte dieses Anstieges wird der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1970 zugeschrieben. Norwegen ist eines der wenigen europäischen Länder, wo heuer eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums erwartet wird. Der Auftrieb wird vom privaten Konsum kommen, der voraussichtlich real um 6% zunehmen wird, nach nur 2½% im Vorjahr.

Anton Stanzel